

Sitzung Nr. 3 vom 09. März 2021

**Vorsitz** François Scheidegger, Stadtpräsident

**Anwesend** Remo Bill  
Alexander Kaufmann  
Angela Kummer  
Daniel Hafner  
Robert Gerber  
Konrad Schleiss  
Reto Gasser  
Ivo von Büren  
Richard Aschberger  
Marc Willemin  
Fabian Affolter  
Matthias Meier-Moreno  
Peter Brotschi  
Nicole Hirt

**Anwesend von Amtes wegen** Aquil Briggen, Stadtbaumeister  
David Baumgartner, Finanzverwalter  
Susanne Sahli, Wirtschaftsförderin  
Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter  
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt  
Luzia Meister, Stadtschreiberin  
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,  
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

**Dauer der Sitzung** 17:00 Uhr - 19:35 Uhr

## **TRAKTANDEN** (2723 - 2733)

- 1 Protokolle der Sitzungen Nr. 11 vom 17. November 2020 und Nr. 12 vom 1. Dezember 2020
- 2 2723 Studienwettbewerb Girardstrasse: Zwischeninformation über den Stand des Projekts
- 3 2724 Agglomerationsprogramm Grenchen: Bestätigung Massnahmen Grenchen

- 4 2725 Postulat Alexander Kaufmann (SP): Badi Grenchen; flexiblere Öffnungszeiten, Verlängerung Saison: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2726 Postulat Alexander Kaufmann (SP): Finanzielle Unterstützung für akute Härtefälle in Gewerbe- und Gastronomiebetrieben: Beschluss über Erheblichkeit
- 6 2727 Externe Schulevaluation (ESE): Orientierung über den Stand des Verfahrens
- 7 2728 Schulen Grenchen: Wiederbesetzung der Stelle Nr. 86 Gesamtschulleiter/in - Einsetzen eines Wahlausschusses
- 8 2729 Motion Richard Aschberger (SVP): Transparenz bei Überzeiten/Überstunden: Beschluss über Erheblicherklärung
- 9 2730 Interpellation Daniel Hafner (SP): Indiskretionen in der Exekutive: Beantwortung
- 10 2731 Motion Fraktion CVP: Neu-/Ersatzbeschaffung gemeindeeigene Fahrzeuge nur noch mit alternativer Antriebstechnik: Einreichung
- 11 2732 Motion Nicole Hirt (glp): Leistungsvereinbarung mit dem Regionalflugplatz Grenchen (RFP): Einreichung
- 12 2733 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 17. November 2020 wird mit folgender Korrektur genehmigt:

**GRB 2686**

**Friedensrichteramt Grenchen: Friedensrichter/-in, Demission von Daniel Trummer, Ersatzwahl (Vittorio Zanon, FDP.Die Liberalen)**

Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer sollte der letzte Satz von Ziff. 3.1 richtigerweise wie folgt lauten:

*Die Unterstützung seitens der SP ist ihm daher gewiss, weil er viel Erfahrung mitbringt und die Sache möglichst wenig von politischer, sondern viel mehr von mediatorischer Seite anschauen kann.*

Das Protokoll der Sitzung Nr. 12 vom 1. Dezember 2020 wird genehmigt.

- o -

Stadtpräsident François Scheidegger gratuliert Gemeinderätin Nicole Hirt sowie Vize-Stadtpräsident Remo Bill, Gemeinderat Richard Aschberger und Gemeinderat Matthias Meier-Moreno zu ihrer Wahl respektive ihrer Wiederwahl als Kantonsratsmitglieder. Ebenso spricht er Regierungsratskandidat Richard Aschberger seine Glückwünsche zum guten Resultat aus, welches ihm ermöglicht, beim 2. Wahlgang antreten zu können. Auch gratuliert er Farah Romy, welche als neue Kandidatin in den Kantonsrat gewählt wurde. Er dankt allen im Voraus, dass sie die Interessen der Stadt Grenchen wirkungsvoll in Solothurn vertreten werden. Ebenfalls dankt er allen Nichtgewählten für die Zurverfügungstellung und ermuntert sie, in vier Jahren wieder anzutreten. An dieser Stelle dankt er ebenfalls Hubert Bläsi, der nach 20 Jahren nicht mehr gewählt wurde, für die Zeit im Kantonsrat. Auch an Peter Brotschi richtet er ein Dankeschön. Dieser ist nicht mehr angetreten, wird aber für den Gemeinderat kandidieren.

- 0 -

## **Studienwettbewerb Girardstrasse: Zwischeninformation über den Stand des Projekts**

### **1 Orientierung**

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen schildert anhand einer Präsentation den Prozess seitens Stadt (Beilage 1).
- 1.2 Rechtsanwalt Patrick Hofmanninger, Adreno AG, spricht ein paar einleitende Worte zum Projekt.
- 1.3 Daniel Dahinden, Inhaber und VR-Präsident Belano Group AG, orientiert anhand einer Präsentation ausführlich über das Konzept und die Vorteile für Grenchen.
- 1.4 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die Präsentation und begrüsst ebenfalls Reto Mosimann, ssm architekten ag, der als Architekt mandatiert ist.
- 1.5 Gemeinderat Daniel Hafner interessiert, ob bereits eine Marktforschung durchgeführt wurde. Er geht davon aus, dass sich dieses Wohnangebot eher für Personen mit einem gewissen Mindesteinkommen richtet, und fragt, ob das Potential diesbezüglich für Grenchen vorhanden ist.
  - 1.5.1 Gemäss Daniel Dahinden sieht man anhand von Statistiken, dass das Bedürfnis vorhanden ist. Zurzeit gibt es nicht viele ähnliche Wohnmodelle wie ihres. Die Belano ist mit Ausnahme der Bonacasa die einzige, welche eine Rezeption hat und mit einer App arbeitet. Die Abklärungen wurden gemacht und sind positiv. Die Belano Group AG baut zahlbare Wohnungen. Diese haben einen 10 bis 20 Prozent höheren Mietpreis als eine normale Neubauwohnung. Im Vergleich würde eine Wohnung CHF 1'800.00 anstatt CHF 1'500.00 kosten. Die restlichen Dienstleistungen müssen nur bezahlt werden, wenn diese auch bezogen werden.
- 1.6 Daniel Hafner fragt, wie es mit dem Mobilitätskonzept aussieht. Geht man davon aus, dass diese Personen ein eigenes Auto besitzen oder primär die öffentlichen Verkehrsmittel oder den Langsamverkehr benutzen werden?
  - 1.6.1 Erfahrungen haben gezeigt, so Daniel Dahinden, dass nur rund 30 bis 50 Prozent der älteren Personen ein Auto haben. Bei den Jüngeren kann man dies nicht genau sagen. In Ostermundigen sind 50 Prozent der Parkplätze vermietet. Es wird empfohlen, einen Parkplatz pro angebotene Wohnung zur Verfügung zu stellen. Da diese Frage Richtung Gesetze, Vorgaben und Architektur geht, muss der Architekt abklären, wie die Vorgaben der Stadt Grenchen sind. Es wird davon ausgegangen, dass diese Personen grösstenteils nicht Autofahrer sind. Es ist aber klar, dass Parkplätze angeboten werden müssen.
- 1.7 François Scheidegger dankt den Herren Hofmanninger und Dahinden sowie Frau Calpini.

1.8 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

Beilage: BD/09.03.2021: Präsentation Girardstrasse

BD

0.9.1 / acs

## **Agglomerationsprogramm Grenchen: Bestätigung Massnahmen Grenchen**

Vorlage: BD/15.02.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger handelt es sich um eine Formalität.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Stadt Grenchen verpflichtet sich, die die Stadt Grenchen betreffenden Massnahmen des Agglomerationsprogramms Grenchen der 4. Generation umzusetzen bzw. den entsprechenden Organen einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten.

**Vollzug:** Aggloverein, BD

BD  
Gemeindepräsidium Bettlach  
Gemeindepräsidium Lengnau

7.9.1 / acs

## **Postulat Alexander Kaufmann (SP): Badi Grenchen; flexiblere Öffnungszeiten, Verlängerung Saison: Beschluss über Erheblicherklärung**

Vorlage: KZL/23.02.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführte, wurde das Postulat von der Baudirektion schriftlich beantwortet.

1.2 Gemeinderat Alexander Kaufmann zeigt sich über die Bereitschaft, die Badi im Mai eine Woche früher zu eröffnen, erfreut. Die Begründung der erhöhten Arbeitspensen und Mehrkosten bei einer Vorverschiebung der Öffnungszeiten um eine halbe Stunde entspricht sicher auch der Realität. Trotzdem müssen Lösungen gefunden werden, um diesem Mehraufwand mit Umverteilung von Arbeitspensen (Bademeister / Hilfsbademeister, Putzpersonal) gerecht zu werden. Auch flexiblere Öffnungszeiten bei schönem Wetter sowie die Verlängerung der Öffnungszeit in den September hinein, wären trotz des erwähnten Mehraufwands für die Besucher ein qualitativer Mehrwert und nicht zuletzt auch ein Teil des gelebten Standortmarketings. Vielleicht muss die Personalsituation in der Badi auch überdenkt werden. Genügen die Stellenprozente wie aktuell? Würde eine Personalaufstockung nicht zu einer wesentlichen Entspannung führen? Wie er gehört hat, gab es letztes Jahr Engpässe. Eine Darstellung der zu erwartenden Mehrkosten bei angepassten Öffnungszeiten mit Anhebung von allfälligen Stellenprozente wäre als Beurteilung für einen Entscheid sehr hilfreich.

### 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Diskussion

3.1 Die CVP-Fraktion hat, so Gemeinderat Peter Brotschi, grundsätzlich Sympathie für den Vorstoss. Seit 65 Jahren hat Grenchen eine prächtige Anlage in der Badi. Seitens Stadt wurde während dieser Zeit viel in die Werterhaltung investiert. Zu bedenken ist aber, dass die Infrastruktur sehr wenig genutzt wird, nämlich nur zu einem Drittel des Jahres. Bei Schlechtwetter fällt davon noch einmal rund die Hälfte der Zeit weg. Demnach war die Badi während diesen 65 Jahren rund 22 Jahren geöffnet. Es ist ein riesiges Areal, welches für nichts anderes verwendet werden kann. Es ist kein naturbelassenes Areal und kann nicht für die landwirtschaftliche Produktion beigezogen werden. Während 8 Monaten ist die Badi ein absolut totes Areal. Alleine diese Tatsache sowie die grossen Investitionen und die grosse Landfläche rechtfertigen aus der Sicht der CVP, dass die

Badi von Mai bis September für jede Stunde Öffnungszeit ausgereizt wird, wo es immer möglich ist. Aus diesen Gründen wird die CVP den Vorstoss auch wegen der anhaltenden Hochdrucklage im September unterstützen. In der Schweiz hatte der Monat September in den letzten zehn Jahren die stabilste Wetterlage. Die reine Quantität der Besucherinnen und Besucher spielt für die CVP hier eine untergeordnete Rolle. Er merkt noch an, dass der Schwimmsport seit längerem eine Trendsportart ist. Er hat bereits mehrmals erwähnt, dass die Badi Grenchen von ambitionierten Schwimmerinnen und Schwimmern gemieden wird. Diese weichen nämlich nach Zuchwil oder Solothurn aus. Das 50-Meter-Becken ist in keiner anderen Badi ein Spiel- oder Planschbecken. In Grenchen gibt es hierfür das Hufeisen, das Nichtschwimmerbecken, die Rutschbahn und die Sprunganlage. Es braucht wirklich nicht auch noch ein Sportbecken und Startbänke, um Plausch zu haben. Er hat beim Schwimmen regelmässig Angst, dass ihm beim Wenden jemand auf den Rücken springt. Es ist ihm völlig schleierhaft, weshalb in Grenchen nicht mindestens zwei Bahnen für ambitionierte Schwimmerinnen und Schwimmer abgesperrt werden. In der Solothurner Badi sind die ganze Saison lang permanent vier Bahnen abgesperrt. Hier funktioniert dies nur, wenn Schwimmclubs Training haben. Dann werden die Bahnen nämlich sofort abgetrennt. Es gibt auch Frauen und Männer in Grenchen, welche ihre aktive Zeit als Sportlerinnen und Sportler hinter sich haben, aber trotzdem in Ruhe mehrere Kilometer pro Woche schwimmen möchten. Ohne Störungen durch Querschwimmer und „Böcklispringer“. Er hofft wirklich, dass in dieser Saison mindestens zwei Bahnen abgetrennt werden. Es wäre sehr mühsam, wenn er die Verwaltung mit einem Vorstoss bemühen müsste. Dies möchte er eigentlich nicht. Er wird es aber tun, falls es nicht umgesetzt wird.

- 3.1.1 Für François Scheidegger ist das Thema „Wasser“ ein schwieriges Thema.
- 3.2 Gemäss Gemeinderat Fabian Affolter hat man das Thema in der SVP-Fraktion diskutiert. Die SVP wird den Antrag gemäss Vorlage annehmen. Sie ist der Ansicht, dass die Angestellten der Badi saisonale Verträge haben und in den restlichen Monaten anders eingesetzt werden oder eine andere Arbeitsstelle haben. Für diese Arbeitgeber ist die Erstellung von Arbeitsplänen dann schwierig und es ist nervig, wenn ein Angestellter plötzlich ein paar Wochen später kommt. Er persönlich würde so jemanden nicht anstellen. Die Badi-Angestellten sind ebenfalls verantwortlich, alles winterfest zu machen. Wenn man die Öffnungszeiten bis zuletzt ausreizt und dann nur noch schlechtes Wetter ist, ist es für diese Personen auch nicht lustig. Hinzu kommt, dass noch einem der „Winterarbeitgeber“ im Nacken sitzt und sagt, dass man vorwärts machen soll. Die gleiche Thematik findet sich in Wintersportgebieten, wenn die Pisten länger offen haben sollen. Für den Sommer sind solche Angestellte anders verplant. Die SVP ist dafür, dass das Postulat nicht erheblich erklärt wird.
- 3.3 Gemeinderat Reto Gasser teilt mit, dass die FDP-Fraktion das Postulat nicht erheblich erklären wird. Wenn man die Vorlage studiert und rechnet, kommt man zum Schluss, dass die Kosten und der Nutzen nicht im ausgewogenen Verhältnis stehen. Er vertraut der Verwaltung, richtig gerechnet zu haben. Man müsste eine zusätzliche, hauptamtliche Bademeisterstelle schaffen. Er glaubt nicht, dass es mit einer nebenamtlichen Person gehen würde. Hinzu kommt noch die Unsicherheit des Wetters im Herbst. Auch müssen Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Diese können dann nicht kurzfristig angepasst oder abgeändert werden. Die Schaffung einer Stelle ist unverhältnismässig, gerade jetzt, wo man sparen muss. Dies wäre eine massive Mehrbelastung für die Stadt. Die FDP ist deshalb für Nicht-Erheblicherklärung des Postulats.

- 3.4 Gemeinderätin Nicole Hirt hat nichts gegen Personen, welche das Bedürfnis haben, sich zu bewegen. Im Gegenteil, sie wünscht sich, dass sich noch viel mehr Leute bewegen wollen. Deshalb hat sie eine gewisse Sympathie für das Postulat. Da die zusätzlichen Öffnungszeiten zusätzliche Kosten generieren, müssten diese Mehrkosten auf die Eintrittspreise abgewälzt werden. Es muss ausgerechnet werden, wieviel das für die Einzeleintritte und Abonnemente ausmacht, wenn man dem Rechnung tragen will. Es nimmt sie wunder, ob das gerechnet wurde. Sie möchte wissen, welche Auswirkungen es auf den Preis hätte, wenn das Postulat erheblich erklärt würde. Wenn dem Kunde das wert ist, ist es für die Stadt kein Problem. Es kann aber nicht sein, dass die Badi länger geöffnet ist und die Stadt diese Kosten übernimmt. Sie wird den Beschluss der glp nach Beantwortung dieser Frage mitteilen.
- 3.5 Gemeinderätin Angela Kummer weist auf einen weiteren Aspekt hin: Mit der Reorganisation im Rahmen von Effibau hat man dem Leiter Schwimmbad mehr Freiraum gegeben. Man hat mehr Vorschläge erwartet, es ist aber in den letzten Jahren nicht viel gegangen. Gemäss seiner Aussage sei die Personalsituation prekär, es habe zu wenig Festangestellte und Ausgebildete. Es hat letztes Jahr einige Ausfälle wegen Unfällen, Krankheiten etc. gegeben. Hier muss die Personalsituation nochmals angeschaut werden. Die Badi nur wegen ein paar Personen zu öffnen und dadurch Mehrkosten zu haben, geht nicht ganz auf. Grenchen hat eine wunderbare Badi, man möchte jede Sonnenstunde ausnützen und die Leute zum Schwimmen motivieren. Darum findet sie es richtig, die Kosten nochmals zu rechnen, um eventuell eine Lösung zu finden.
- 3.6 Alexander Kaufmann gibt zu bedenken, dass im Rahmen des KOMPASS gesagt wurde, dass nicht nur gespart, sondern die Stadt attraktiver gestaltet werden soll. Man soll nicht nach Leuchttürmen suchen, wo keine sind, sondern sich derer annehmen, die man schon hat. Und die Badi ist genau ein solcher. Sie hat es verdient, attraktiver gemacht zu werden. Vom Vorredner Peter Brotschi war zu hören, wie lange die Badi brach liegt. Diese könnte auch noch anders genutzt werden, z.B. für kulturelle Anlässe oder Festivitäten. Es müsste in einem Gesamtprogramm angeschaut werden, wie die Badi noch attraktiver gestaltet werden kann.
- 3.7 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno denkt, dass Kosten/Nutzen der Badi unter dem Strich nie aufgehen werden. Es handelt sich um ein Angebot, welches genutzt werden soll. Man kann auch darüber diskutieren, ob es notwendig ist, die Badi bis um 20.30 Uhr offen zu halten. Sollte sie nicht lieber um 06.30/08.00 Uhr öffnen? Es gibt viele Schwimmerinnen und Schwimmer, welche in Ruhe schwimmen möchten und so in den Tag starten würden. Die Badi ist ein Angebot für die Einwohnerinnen und Einwohner, für Familien oder ältere Personen. Dieses sollte man nutzen. Wenn man einen gewissen Willen hat, kann man auch auf solche Verschiebungen eingehen. Er ist gerne bereit, hierfür mehr zu bezahlen. Er findet die Idee von Nicole Hirt gar nicht so schlecht, die Eintrittspreise etwas anzupassen. Über dies sollte diskutiert werden. Er findet es schade, wenn man es verwehren würde und es streicht. Es ist ein Mehrwert.
- 3.8 Für Reto Gasser ist es auf den ersten Blick verlockend zu sagen, dass die Kosten auf die Besucherinnen und Besucher abgewälzt werden sollen. Man kann sich aber sicher sein, dass es wieder Diskussionen geben wird und die Frage aufkommt, weshalb die Eintritte teurer sind. Auch wenn die Preise vielleicht nur um CHF 2.00 erhöht werden, wäre es für manche zu teuer. Die Preiserhöhung hat schon eine gewisse Sympathie, aber auf der anderen Seite muss man wieder mit den Reaktionen der Leute rechnen. Es ist eine Interessenabwägung, die man vornehmen muss.

- 3.9 Gemäss François Scheidegger spricht man in Solothurn sogar über Gratiseintritte.
- 3.10 Bezugnehmend auf die Frage von Peter Brotschi erklärt Aquil Brigggen, dass die Bahnabtrennung tatsächlich ein Bedürfnis ist und er dies bereits einige Male mit dem Leiter des Schwimmbads besprochen hat. Für die letzte Saison war geplant, die Bahnen am Morgen abzutrennen. Dieses Vorhaben fiel aber Corona zum Opfer. Das Anliegen wird für diese Saison wieder aufgenommen, die Umsetzung sollte möglich sein. Es wurde bereits intern diskutiert, ob die Kosten abgewälzt werden können. Es fragt sich aber, ob diejenigen Personen, welche früher kommen, mehr bezahlen sollen. Im Jahr 2009 hatte die Badi bereits früher geöffnet. Das Angebot wurde jedoch nur von zwei bis drei Personen genutzt. Müsste man die Personalkosten auf diese Personen abgewälzt, wären sie zu hoch. Ebenfalls vor ein paar Jahren wurden die Eintrittspreise um CHF 00.50 bis 01.00 erhöht. Der Leiter des Schwimmbads hat in diesem Zusammenhang das Wort „Palastrevolution“ benutzt. Das Thema Eintrittspreise ist sehr heikel, die Baudirektion rät von einer Preiserhöhung ab. Würden die Kosten auf die Personen abgewälzt, welche die Kosten generieren, wäre es ein zu hoher Betrag. In der Baudirektion wurde es diskutiert, aber nicht auf den Franken genau heruntergebrochen. Über die Personalerhöhung wird immer wieder diskutiert. In zwei bis drei Jahren wird es zwangsläufig zu einer Reorganisation kommen. Er will mit dem Leiter des Schwimmbads ins Gespräch kommen und Ideen sammeln, wie die Reorganisation aussehen könnte. Er schlägt vor, diese paar Jahre noch abzuwarten. Die Badi eignet sich ideal für kulturelle Anlässe. Vor zwei Jahren fand in der Badi bereits ein Konzert statt. Leider spielte das Wetter nicht mit, so dass die Besucherinnen und Besucher ausfielen und daraufhin das Echo nicht positiv war. Geplant war auch der Auftritt eines Komiker-Duos, welches sogar ein spezifisches Programm für eine Badi hat. Die Anlage beim 50-Meter-Becken mit Tribüne wäre dafür bestens geeignet gewesen. Die Künstler sind recht bekannt und kosten entsprechend. Hier hatte man bereits mit der SWG für ein Sponsoring diskutiert. Man ist dran, die Badi mit solchen Events attraktiver zu machen.

- 3.11 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 8 : 7 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

BD  
SF  
FV

3.4.1 / acs

## **Postulat Alexander Kaufmann (SP): Finanzielle Unterstützung für akute Härtefälle in Gewerbe- und Gastronomiebetrieben: Beschluss über Erheblichkeit**

Vorlage: KZL/25.02.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein. Das Postulat wurde von verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung schriftlich beantwortet.

1.2 Als Gemeinderat Alexander Kaufmann vor gut vier Wochen sein dringliches Postulat per Mail der Stadtkanzlei einreichte, war er innerlich erfüllt von Wut und Unverständnis betreffend der unhaltbaren Situation über die Verordnung und Umsetzung der Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 im Kanton Solothurn. Es kann nicht sein, wenn der Kanton Solothurn die vom Bund beschlossenen Gelder für Härtefälle mit komplizierten, zum Teil unnötigen, bürokratischen Hürden und Verzögerungen zurückhält und nur zögernd oder überhaupt nicht an die krisengeschüttelten Unternehmen ausbezahlt. Der Kanton Solothurn hat in dieser Hinsicht negative Schlagzeilen geliefert und es brauchte die inzwischen durchgesetzte Teilrevision im Kantonsrat, bis endlich die ersten Gelder an die bedürftigen Unternehmen ausbezahlt wurden. Sein eingereichtes Postulat hat kommunal bereits Bewegung in verschiedene Richtungen bewirkt. Die gemeinsame Besprechung mit der erweiterten Verwaltung unter Führung des Stadtpräsidenten war sehr aufschlussreich und konstruktiv. Die daraus entstandenen Ideen und Vorgehensweisen entsprechen zum grossen Teil dem Grundgedanken seines Postulats. An dieser Stelle bedankt er sich bei allen beteiligten Verwaltungen, der Wirtschaftsförderung, dem Standortmarketing sowie dem Gewerbeverband für die gute Aufnahme und der Willensbereitschaft, mitzuhelfen. Auch wenn der Kanton die längst fälligen Härtefall-Gelder nun endlich ab dieser Woche an die Gestuchstelle ausbezahlt, braucht es nach wie vor die Stadt Grenchen als Unterstützerin und Begleiterin. Auch wenn inzwischen die Verkaufsläden wieder geöffnet haben, liegen immer noch viele Betriebe, vor allem in der Gastronomie, auf der Intensivstation. Die Lösungsansätze wie Mietbeitrag Modell Basel, Unterstützung durch Treuhandbüro, Steuerstundung und Stundung Gas / Strom / Wasser (SWG) sind Massnahmen, welche wesentlich zur Überbrückung dieser schwierigen Zeit mithelfen würden. Auch die vorzeitige Schliessung der Bettlachstrasse zu Gunsten der Gastrobetriebe und des Gewerbes könnte ein positives Signal sein. Die Ausweitung der Aussenplätze im öffentlichen Raum, ähnlich wie beim ersten Lockdown letzten Frühling, würde den Betreibern von Detailhandel und Restaurants wiederum eine zusätzliche Perspektive geben. So oder so hofft er auf eine gute Aufnahme seines Postulats innerhalb des Gemeinderates.

- 1.3 Finanzverwalter David Baumgartner erläutert die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.4 Bezugnehmend auf die neusten Zahlen, gibt Wirtschaftsförderin Susanne Sahli bekannt, dass bis heute im Kanton Solothurn 411 Gesuche eingegangen sind. Das ist einiges weniger als erwartet. Der Kanton hat mit 2'000 bis 3'000 Gesuchen gerechnet. Es geht relativ langsam voran. Die Gründe sind unterschiedlich, zum Teil ist das Ausfüllen der Formulare komplex und viele warten auf die Jahresabschlüsse, welche noch nicht vorhanden sind. Dies sind die Hauptkriterien, weshalb die Gesuche provisorisch eingereicht werden. Mittlerweile wurden 6.2 Millionen Franken ausbezahlt. Wenn man diese Zahlen auf die 18'000 registrierten Unternehmen im Kanton aufrechnet, sind es etwas mehr als 2 % der Firmen, die Gesuche eingereicht haben.

## 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

## 3 Diskussion

- 3.1 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber hat die FDP-Fraktion Verständnis für die Bedenken, die der Postulant hier in Form eines dringlichen Vorstosses zu Papier gebracht hat. Auch sie ist in Sorge, was da gegenwärtig landauf, landab abgeht. Man befindet sich gegenwärtig in einer beispiellosen Krise. Unzählige Betriebe - kleinste und auch grössere - wissen kaum mehr ein und aus. Tausende Beschäftigte sind in Kurzarbeit, oder stehen schon bereits auf der Strasse. Da sind tatsächlich Taten und nicht nur aufmunternde Worte und Mitleid gefragt. Deshalb ist es wert, heute darüber zu sprechen. Es ist stossend, dass die vom Kanton und Bund versprochenen und gesprochenen Gelder nicht zeitverzugslos ausbezahlt wurden. Die Kantonsratsdebatte hat da einiges zu Tage gebracht. Das Verhalten der Kantonsverwaltung verwundert ihn nicht. Es ist stossend, dass seitens Bund und Kanton anscheinend teilweise hohe administrative Hürden eingebaut wurden, so dass die «Otto-Normalgewerbler» nur mit Mühe, wenn überhaupt, die Vorgaben erfüllen können. Es ist stossend, dass nicht alle Branchen über den gleichen Leisten geschlagen werden und so Ungleichheiten und Ungechtigkeiten entstehen. Es ist aber auch stossend, dass mehr und mehr auf den Onlinhandel ausgewichen wird oder bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit im grenznahen Ausland zu günstigsten Preisen Lebensmittel, Kosmetika, Kleider, Möbel, Küchen und so weiter gekauft werden. Hier im örtlichen Geschäft soll alles Bio und Clean sein, wenn man ins Ausland geht, zählt nur noch der Preis. Geiz ist geil! Auch in Grenchen. Was die Stadt im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-Krise schon alles unternommen hat, wird unter Ziffer 3 in der Vorlage aufgezählt. Das ist nach Auffassung der FDP nicht nichts. Auch ist davon auszugehen, dass noch mehr gemacht wurde, als hier in der Aufstellung ersichtlich ist. Zum Beispiel wurde den Gastrobotrieben die Mietgebühr für die Aussenwirtschaften, sofern sie auf öffentlichem Grund sind, erlassen. Ihm ist auch bekannt, dass den Marktfahrenden die Marktgebühren sowohl im letzten wie im laufenden Jahr weitgehend oder ganz erlassen und dieses Jahr noch keine Rechnungen verschickt wurden. Nun stellt sich die Frage, ob die Stadt, als dritte Instanz auch noch mit Hilfgeldern und Krediten kommen soll. Seitens der Finanzverwaltung wurde aufgezeigt, welche Schwierigkeiten entstehen könnten, wenn insbesondere finanzielle Mittel ausgerichtet werden sollten. Stichworte sind hier die Rechtsgrundlage und die Ausgestaltung der Kriterien, wenn Kredite vergeben werden sollen.

Es handelt sich hier wohl nicht um Kredite, sondern um A-fonds-perdu-Beiträge. Wem das Wasser schon jetzt bis zum Hals steht, wird wohl kaum in der Lage sein, das Geld in kurzer Zeit zurück zu zahlen. Man kann nicht nach dem Motto „Wer hat noch nicht, wer will noch mal“ gehen. Zudem handelt es sich nicht um irgendwelche Fondsgelder, sondern um hart verdiente Steuerfranken. Nachdem nun seitens des Kantons erste Akontozahlungen geflossen sind, hat dies zu einer ersten Beruhigung der Lage beigetragen. Mit der unreflektierten Ausrichtung von Zahlungen könnten noch mehr sogenannte „Zombiefirmen“ entstehen. Diese Tendenz ist anscheinend schon vorhanden, weil trotz Krise die Zahl der Konkurse gegenüber sogenannten normalen Zeiten rückläufig ist.

Es ist auch klar, dass die Stadt nicht für Kredite oder Zahlungen anstelle des Bundes und des Kantons einspringen darf, weil diese verweigert wurden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die betreffenden Betriebe schon vor der Krise, als vor März 2020, Betreibungen im grösseren Umfang aufwiesen. Mit anderen Worten, es darf hier nicht eine Lex „irgendwie“ für den einen oder anderen Betrieb entstehen. Die Stichworte Gleichbehandlung und Wettbewerbsverzerrung sind schon gefallen. Streng rechtlich würde dieses Geld dann dem Betreibungsamt und nicht dem unterstützten Betrieb gehören.

In Sachen Liegenschaftsbesitzer und Mietreduktion könnte viel mehr getan werden. Das liegt ebenfalls nicht in der Hand der Stadt, was die nicht stadt eigenen Liegenschaften angeht. Dass die Kommunikation mit einzelnen Liegenschaftsbesitzern angeht, ist sie teilweise sehr schwierig, weil oft nur eine Briefkastenadresse bekannt ist. Der Besitzer ist in Tel Aviv, Istanbul oder so. Da fehlt der örtliche Bezug.

Die FDP sieht, dass die Stadtverwaltung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen doch schon einiges auf die Beine gestellt hat und es ist anzunehmen, dass sie noch weiter am Ball bleibt. Es ist aber auch an den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, genau hinzusehen oder besser hinzuhören und die Anliegen des örtlichen Gewerbes zu verstehen und wenn nötig Impulse auch an die Stadtverwaltung zu geben.

Die beste Hilfe für die Grenchner Betriebe ist die Direkthilfe. Das heisst der Franken müsste vom Steuerzahler direkt an den Gewerbler gehen und nicht den Umweg über die Stadtkasse machen. Mit anderen Worten: es soll in Grenchner Läden, beim Grenchner Gewerbe eingekauft und - wenn man wieder darf - in die örtliche Restaurants gegangen werden und die Auslandsfahrten zum Einkaufen sollen sein gelassen werden.

Die FDP dankt den involvierten Stellen der Verwaltung und dem Stadtpräsidenten für die bisher geleistete Arbeit. Sie ist bereit, das Postulat im Sinne der Erwägungen erheblich zu erklären, also ohne Kreditgewährungen und ohne A-fonds-perdu-Zahlungen.

- 3.2 Gemeinderat Richard Aschberger findet das Postulat sehr löblich, welches im Grundsatz auch unterstützungswürdig ist. Nach der Kantonsratssession von letzter Woche erübrigt sich dieses Postulat eigentlich. Es gab im Vorfeld heftige Kritiken an das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn. Die Gelder fliessen aber jetzt. Sehr wichtig war, die Eintrittsschwelle herunterzusetzen. Neu können sich alle melden, welche Einsatzbussen ab 25 Prozent haben und bis maximal CHF 750'000.00 Beiträge beantragen. Die Bürgerschaftsmöglichkeiten bestehen weiterhin. Er selber hat zig Betriebe wie Reisebüros, Kinos, Zulieferer und Gastrobetriebe aus der ganzen Region betreut. Rund 80 % haben nun eine Vorauszahlung oder einen definitiven Bescheid erhalten.

Die Kritik an das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn hat etwas genützt und war auch nötig, denn der Kanton Solothurn hatte nämlich Verspätungen von rund sechs Wochen im Vergleich zu anderen Kantonen, was nicht akzeptabel ist. Die SVP-Fraktion wird dem Postulat nicht zustimmen respektive es nicht erheblich erklären. Wegen der bereits genannten Punkte und auch wegen der Ausführungen der Stadtverwaltungen. Es steht in der Vorlage nicht, mit welchen Beträgen hier operiert werden soll. Wer das Zahlengerüst von Kanton und Bund angeschaut hat, sieht, mit welchen Zahlen hier gerechnet wird. Es handelt sich um Beträge in Milliardenhöhe. Die SVP will keine dritte Schranke öffnen. Es haben sich bei ihm auch einige Betriebe gemeldet, welche abgelehnt wurden. Beim genauen Betrachten dieser Dossiers hat er aber festgestellt, dass es sich um Betriebe handelt, welche Betreibungen und Verlustscheine im sechsstelligen Bereich aufweisen und dies in den letzten 2 bis 4 Jahren. In solche können keine Steuergelder hineingebracht werden. Irgendwann ist Schluss und man muss hart bleiben. Solche Betriebe sind klinisch tot und können nicht mit Steuergeldern als Zombiefirmen am Leben gehalten werden. Gegenüber dem Steuerfranken hat man eine Verantwortung. Diese Gelder sind keine Geschenke, die man erhält. Man zahlt eh schon zu viele Steuern und es wäre eine zusätzliche Wettbewerbsverzerrung. Der Beschluss der SVP ist kein Nein zur Hilfe, aber jetzt sind alle Instrumente vorhanden und auch die Möglichkeiten bei Härtefällen können ausgeschöpft werden. Der Kanton hat seine Ressourcen heraufgefahren. Auch besteht die Gelegenheit, einen Rekurs einzureichen. Es wurde nun alles gemacht. Das Postulat ist gut gemeint, die SVP wird diesem aber nicht zustimmen.

- 3.3 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno haben seine Vorredner schon sehr viel erwähnt und er will dies nicht wiederholen. Die Stossrichtung ist die richtige, ebenfalls dass Druck gemacht wurde. Es kann aber nicht an der Stadt Grenchen liegen, zusätzliche Beträge oder A-fonds-perdu-Gelder auszurichten. Dies ist die Aufgabe des Kantons oder des Bundes. Er ist froh, dass die Gelder nun fliessen. Die CVP-Fraktion unterstützt die kleinen Massnahmen gemäss Vorlage, insbesondere wo es die Stadt nichts kostet. Deshalb sieht er auch keinen Grund, weshalb die Bettlachstrasse nicht gesperrt werden soll. Auch er appelliert, weiterhin in Grenchen einzukaufen und hier zu essen, wenn die Restaurants wieder aufmachen.
- 3.4 Für Vize-Stadtpräsident Remo Bill ist das dringliche Postulat seines Parteikollegen ein wichtiges Zeichen für die kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerbetreibenden und Geschäfte in der Stadt Grenchen. Es verdeutlicht, dass sich auch die kommunale Politik dieser ausserordentlichen Lage bewusst ist. Auch das Kantonsparlament hat zahlreiche dringliche Aufträge zu Corona-Härtefallverordnungen in dieser Legislatur behandelt. Im Jahr 2020 wurden im Kantonsrat 16 dringliche Aufträge zu Corona-Härtefallverordnungen und diesem Jahr schon 6 dringliche Aufträge behandelt. Weil es in der Abwicklung und der Auszahlungen der Unterstützungsgelder Verzögerungen gab, wurde die Regierung, vor allem die Volkswirtschaftsdirektorin, von allen Parteien von links bis rechts in der März-Session getadelt. Die komplizierten Gesuchsformulare und die bürokratische Behandlung der Gesuche wurden von allen bemängelt. Die Gesuchsteller brauchen die Unterstützung sofort. Jeder Tag zählt, um kleine und mittlere Unternehmen, Gewerbetreibende oder Geschäfte vor dem Konkurs zu retten. Die Kritik der Kantonsräte hat bewirkt, dass die Auszahlungen nun rascher und unbürokratischer erfolgen sollten. Er denkt, dass die finanzielle Unterstützung mit den administrativen und organisatorischen Massnahmen aber beim Kanton bleiben und auch in Zukunft von ihm weiter übernommen werden muss. Diese Meinung teilen auch andere Stadt- und Gemeindevertreter im Kantonsrat.

4 Detailberatung

- 4.1 Robert Gerber präzisiert, dass die FDP gerne bereit ist, dem Postulat im Sinne der Erwägungen zuzustimmen, aber ohne Kreditgewährungen und ohne A-fonds perdu-Zahlungen.
- 4.1.1 Gemäss François Scheidegger ist es auch so gemeint.
- 4.2 Alexander Kaufmann ist inzwischen klar, dass es so nicht geht. Auch er ist für eine Zustimmung ohne Kreditgewährungen und ohne A-fonds perdu-Zahlungen.
- 4.3 Richard Aschberger fragt, ob das Postulat als erheblich erklärt werden und gleich abschreiben werden kann. Er möchte nicht, dass es dann doch etwas kostet. Es steht kein Preis in der Vorlage.
- 4.3.1 Im Sinne der Erwägungen, so François Scheidegger, bedeutet ohne Auszahlungen. Es soll zu keinen Doppelstrukturen führen. Der Postulant ist ebenfalls damit einverstanden, insofern kann man dem so zustimmen. Damit ist ein Auftrag an die Verwaltung verbunden, weiterhin am Ball zu bleiben.

Es ergeht einstimmig folgender

5 Beschluss

- 5.1 Das Postulat wird im Sinne der Erwägungen erheblich erklärt.

**Vollzug:** Wifö, FV, SF

Wifö  
FV  
SF

8.5.1 / acs

## **Externe Schulevaluation (ESE): Orientierung über den Stand des Verfahrens**

### **1 Orientierung**

- 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi informiert anhand einer Präsentation über den Stand des Verfahrens der Externen Schulevaluation (s. Beilage). Der Gesamtbericht wird an der Sitzung des Gemeinderates vom 18. Mai 2021 abgegeben.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger dankt Hubert Bläsi für den Zwischenbericht.
- 1.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, kann nicht nachvollziehen, weshalb der Gemeinderat den Bericht, der schon längere Zeit draussen ist, nicht erhalten hat. Die Medien haben diesen vor der kommunalen Behörde erhalten, was ein absolutes No-go ist. Bis zur heutigen Sitzung wurde dieser nicht zugeschickt. Der Informationsfluss ist nicht korrekt. Es kann nicht sein, dass die Medien mehr wissen als der Gemeinderat. Früher war die SVP mit dem Ablauf, der Transparenz etc. sehr zufrieden, aber diesmal ist die Handhabung für sie unbegreiflich. Es hätte vorinformiert werden sollen. Dass die Informationen der Presse zu entnehmen waren, wird nicht goutiert.
  - 1.3.1 Gemäss Hubert Bläsi wird konform gehandelt. Das mit der Presse ist unglücklich gelaufen. Dass der Bericht an die Medien ging, ist nicht korrekt. Das Grenchner Tagblatt hatte ein Platzproblem, weshalb er den Zwischenbericht zwei Tage vorher zugestellt hat. Es waren lediglich die Punkte, welche gut und weniger gut waren. Der Bericht wurde intern gestreut.
  - 1.3.2 Richard Aschberger fragt, weshalb der Bericht dem Gemeinderat nicht vor dieser Sitzung zugestellt wurde, wenn er doch bereits intern verteilt wurde.
  - 1.3.3 Der Inhalt, so Hubert Bläsi, wird jetzt noch nicht behandelt, sondern erst dann, wenn man die Massnahmen kennt und weiss, was daraus gemacht wird.
  - 1.3.4 François Scheidegger weist ebenfalls darauf hin, dass die Arbeit noch nicht fertig ist. Der Gemeinderat wird den konsolidierten Bericht diskutieren. Was will man heute in der Sitzung diskutieren, wenn der Bericht noch nicht fertig ist? Dieser muss von den zuständigen Instanzen beurteilt werden, bevor er in die Gemeinderatssitzung kommt. Es ist immer ein wenig gefährlich, wenn unfertige Sachen in Umlauf gebracht werden. Die Personen, welche den Prozess begleitet haben, machen es nicht zum ersten Mal. Dieses Vorgehen ist in anderen Gemeinden genau gleich. Das Ganze ist keine Erfindung von Grenchen.

- 1.4 Gemeinderätin Nicole Hirt schliesst sich dem Votum von Richard Aschberger an. Sie versteht nicht, weshalb sie den Bericht nicht erhalten und die Presse einen Informationsvorsprung hat. Man hätte das Ganze in den Mai 2021 verschieben können. Sie findet das nicht in Ordnung. Es erinnert sie an das damalige Vorgehen der SWG, als der Gemeinderat eine Präsentation vorgesetzt bekam und anschliessend die Unterlagen erhalten hat.
- 1.4.1 Das hat mit der SWG überhaupt nichts zu tun, meint François Scheidegger. Man soll aufhören, solche Behauptungen in den Raum zu stellen. Dies war damals eine Sonderprüfung, welche die Gemeinderatskommission in Auftrag gegeben hat. Dies hat mit dem ESE-Bericht gar nichts zu tun. Man soll bitte bei der Sache bleiben.
- 1.4.2 Nicole Hirt fragt, wozu dieser Auftritt heute dient, wenn der Gemeinderat quasi nichts erfährt. Warum hat man nicht alles in den Mai 2021 gelegt?
- 1.4.3 Hubert Bläsi antwortet, dass der Zwischenbericht erstattet wurde, damit der Gemeinderat grundsätzlich informiert ist, wie das Verfahren aussieht und wie der Ablauf ist. Für ihn war es wichtig, dass der Gemeinderat orientiert ist.
- 1.5 Gemäss Gemeinderat Fabian Affolter hat es die SVP-Fraktion getroffen, dass sie die Informationen der Presse entnehmen musste. Die Presse hat eine Medienmitteilung über die aktuelle Situation des ESE-Berichts erhalten. Die Mitglieder der SVP sassen in der Fraktionssitzung, wussten davon nichts und mussten es am Folgetag der Presse entnehmen. Weshalb haben die Fraktionen oder wenigstens die Fraktionsvorsitzenden diese Medienmitteilung nicht erhalten? Hätte man diese kurz allen zugestellt, wäre die jetztige Diskussion in fünf Minuten erledigt gewesen.
- 1.6 Gemeinderat Daniel Hafner findet es erstaunlich, wie hier auf Begebenheiten rumgehackt wird, für etwas, das null Probleme bedeutet. Die Stadt hat einen guten bis sehr guten Bericht erhalten, welcher aufgrund dieser ESE-Studie erstellt wurde, und jetzt spricht man hier über Begebenheiten, welche aus seiner Sicht völlige Details sind. Es kann ja nichts sein, dass der Gemeinderat hier mit einer derartigen Penetranz auf die Führungsfunktionäre los geht für Geschichten, welche keine sind. Da müssen alle über die Bücher gehen und er weist auf die Formalitäten hin. Er fühlt sich nicht desinformiert, es wurde erklärt und es gab einen Grund, weshalb so vorgegangen wurde. Es gibt nichts zu verstecken und es gibt null Brisanz. Er fragt, wo das Problem ist.
- 1.7 François Scheidegger versteht, dass man als Gemeinderat nur ungern Informationen aus der Presse entnimmt. Man ist immer sehr darum bemüht, den Gemeinderat im Voraus zu informieren, darauf ist Rücksicht zu nehmen. Er weist auch auf die gute Zusammenarbeit mit der Presse hin. Hier ist es einmal nicht gelungen, den Gemeinderat vorgängig zu informieren, was ihm leid tut. Das Problem soll doch bitte ein Stück weit relativiert werden.
- 1.8 „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“, meint Gemeinderat Konrad Schleiss. Eltern, welche Kinder in der evaluierenden Schule haben, sowie die betroffenen Lehrer haben die Informationen erhalten. Wäre in der Presse hierzu nichts gesagt worden, hätten sich wohl die betroffenen Eltern gefragt, weshalb nichts in der Presse steht. In zwei Monaten wird man den Gesamtbericht lesen können. Er fand es schön, dass er die Informationen auch öffentlich und nicht nur als Elternteil erhalten hat. Dass es zwei Tage vorher in der Zeitung stand, anstatt nach der GR-Sitzung, ist unglücklich.

- 1.9 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber ist die FDP-Fraktion weniger aufgeregt, weil sie an der letzten Fraktionssitzung von Hubert Bläsi über die Medienmitteilung informiert wurde und wusste, was am Freitag in die Zeitung kommt. Für die Präsentation im Mai 2021 möchte er gerne wissen, welche Ampel wieviel wert ist. So kann man sich auf einen bestimmten Ampelteil fokussieren.
- 1.10 Die Medienmitteilung „*Schulen Grenchen - Berichterstattung zur ‚Externen Schulevaluation‘*“ vom 3. März 2021 wird den GR-Mitgliedern morgen per Mail übermittelt.
- 1.11 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

Beilage: GLSG/09.03.2021: Präsentation „ESE Grenchen: Information“

GLSG

2.0.8 / acs

## Schulen Grenchen: Wiederbesetzung der Stelle Nr. 86 Gesamtschulleiter/in - Einsetzen eines Wahlausschusses

Vorlage: PA/10.02.2021

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
    - 1.1 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
  - 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.
  - 3 Detailberatung
    - 3.1 Anträge und Beschlussesentwurf
      - 3.1.1 Gemeinderätin Nicole Hirt fragt zu Ziff. 4.1, ob die Stelle evaluiert wurde, seit sie vor sechs Jahren geschaffen wurde, und ob es ein 100%-Pensum benötigt oder ob 80 % reichen würden.
        - 3.1.1.1 Gemäss Esther Müller-Cernoch wurde die Stelle nicht evaluiert. Die Einreihung der Stelle wurde jedoch durch die Firma OSG AG nochmals überprüft und auch der Stellenbeschrieb wurde angepasst. Die Stelle wurde letztens vom Gemeinderat zwei Lohnklassen tiefer eingereiht. Dass es ein 100%-Pensum braucht, ist aus ihrer Sicht unbestritten.
        - 3.1.1.2 Stadtpräsident François Scheidegger hat den Eindruck, dass es eher 120 Stellenprozente bräuchte.

*Ziff. 4.1 wird mit 14 : 1 Stimmen gutgeheissen.*
      - 3.1.2 Zu Ziff. 4.2 erklärt Nicole Hirt, dass die glp auf einen Sitz im Wahlausschuss verzichtet.

*Ziff. 4.2 wird einstimmig gutgeheissen.*
- Es ergeht folgender
- 4 Beschluss
  - 4.1 Die Stelle Nr. 86 Gesamtschulleiter/in 100 % wird zur Wiederbesetzung per 01. März 2022 freigegeben.

- 4.2 Folgende Personen werden in den Wahlausschuss gewählt:
- FDP: Stadtpräsident François Scheidegger, von Amtes wegen
  - SP: Angela Kummer
  - SVP: Ivo von Büren
  - CVP: Peter Brotschi

**Vollzug:** PA

Stadtpräsident  
PA

0.2.2 / acs

## **Motion Richard Aschberger (SVP): Transparenz bei Überzeiten/Überstunden: Beschluss über Erheblicherklärung**

Vorlage: KZL/18.02.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom Personalamt schriftlich in Koordination mit Stadtschreiberin Luzia Meister beantwortet.
- 1.2 Gemeinderat Richard Aschberger dankt für die Arbeiten, welche hier eingeflossen sind. Es freut ihn, dass die Stadt keine Probleme mit der Transparenz hat. Das einzige, was die SVP-Fraktion stört, ist, dass gewisse Daten wieder nur an die Gemeinderatskommission gehen sollen. Die SVP sieht keine Probleme damit, wenn diese Daten auch dem Gemeinderat zugänglich gemacht werden. Im Verwaltungsbericht des Kantons sieht man auch alles wie z.B. Schwangerschaft, Unfälle etc. Der Punkt mit dem Datenschutz zieht hier nicht. Er geht davon aus, dass dies nicht verboten ist.
  - 1.2.1 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, geht davon aus, dass Richard Aschberger die neuen Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit angesprochen hat. In diesen steht, dass die Gemeinderatskommission jährlich informiert wird. Sie ist froh, dass die Fragen beantwortet werden konnten, und glaubt dass es transparent ist. Man will nichts verstecken. Für sie ist es ebenfalls wichtig, dass der Gemeinderat die Entwicklungen in den Abteilungen sieht. Es spricht aus ihrer Sicht nichts dagegen, dass man so einen Bericht auch dem Gemeinderat präsentieren kann. Im Bericht steht die Gemeinderatskommission drin, weil dies gemäss Ausführungsbestimmungen zuständig ist.
  - 1.2.2 Den Ausschuss für Personalfragen hat man abgeschafft, so François Scheidegger. Deshalb ist jetzt die Gemeinderatskommission zuständig. Der Datenschutz ist primär ein kantonales Gesetz. Allenfalls müsste man sich als Kantonsrat Gedanken machen, wenn etwas geändert werden soll. Die Stadt hat eine Datenschutzbeauftragte, Luzia Meister. Sie hat das so beurteilt. Das Thema Datenschutz ist immer schwierig (wo ist er nötig und was fällt darunter?). Er hat bereits erstaunliche Aussagen der kantonalen Datenschutzbeauftragten gehört, wie beispielsweise, dass die Protokolle des Gemeinderates nicht im Internet veröffentlicht werden sollen, dies weil Namen drin stehen und später einmal gegen einen verwendet werden können. Das ist wohl eine etwas spezielle Auffassung, über die man aber diskutieren kann.
  - 1.2.3 Stadtschreiberin Luzia Meister, Datenschutzbeauftragte, ist der Meinung, dass die Vorgehensweise des Kantons nicht allzu sehr gelobt werden soll. Denn nicht einmal die kantonale Datenschutzbeauftragte weiss, welche Daten zum Teil publiziert werden.

Daten, welche einzelne Personen betreffen, wie beispielsweise Überzeiten von 200 Stunden, können dem Gemeinderat gegeben werden, sie sind aber vertraulich. Daten über Krankheitstage in kleinen Abteilungen gehören nicht in einen Verwaltungsbericht, der dann ewig im Internet bleibt.

- 1.2.4 Gemäss François Scheidegger darf man aus dem Verwaltungsbericht keine Rückschlüsse auf einzelne Personen ziehen können. Der Kanton ist eine wesentlich grössere Organisation. Würde man es bei der Stadtverwaltung auf einzelne Abteilungen herunterbrechen, käme man bei kleineren Abteilungen sofort darauf, um wen es sich handeln würde, auch wenn Namen anonymisiert werden würden.

## 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

## 3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderätin Angela Kummer schlägt vor, für den Verwaltungsbericht kleinere Abteilungen zusammenzunehmen. Sie hätte als Gemeinderätin grosses Interesse an diesen Zahlen. Die SP-Fraktion ist immer für Transparenz und begrüsst den Vorstoss. Es dient auch als Instrument, damit man eine Übersicht hat für budgetrelevante Sachen oder wenn Abteilungen neue Stellen beantragen. Es gibt sehr interessante Zahlen auch ganz im Allgemeinen. Sie ist froh, dass dies nun mit den neuen Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit geregelt werden konnte. Was der SP nicht klar ist, ob die Personalkommission zu einer Stellungnahme eingeladen wurde. Dies hätte sie erwartet. Sie wäre um eine Erklärung froh. Die SP wird die Motion erheblich erklären.

- 3.1.1 Gemäss Esther Müller-Cernoch wurde die Personalkommission selbstverständlich mit einbezogen. Die Motion war eine gute Gelegenheit, die neuen Ausführungsbestimmungen beizulegen, damit sie der Gemeinderat als Grundlage hat. Die Ausführungsbestimmungen sind letztes Jahr entstanden, als im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie viele Fragen gestellt wurden. Bereits vor zwei Jahren hat man über eine Überarbeitung und Modernisierung der Personalordnung diskutiert. Nun wurde die Überarbeitung der bestehenden Regelungen vorgezogen und die neuen Ausführungsbestimmungen zügig erarbeitet. Die Arbeitsgruppe bestand aus François Scheidegger, Luzia Meister, einer externen Person und ihr. Die Personalverbände sowie die Abteilungsvorsteherinnen und -vorsteher konnten anschliessend eine Stellungnahme abgeben. Eine Sitzung mit der Personalkommission fand am 18. November 2020 statt.

- 3.1.2 Angela Kummer ist erfreut, dies zu hören, betont aber, dass davon nichts in der Vorlage steht. Sie findet dies nicht korrekt, es müsste mindestens stehen, dass es mit der Personalkommission koordiniert wurde.

- 3.1.3 Gemäss Esther Müller-Cernoch stand der Verweis auf die Koordination im Dezember 2020 in der Vorlage der Gemeinderatskommission. Die Ausführungsbestimmungen sind seit dem 1. Januar 2021 in Kraft und werden verwendet. Sie fand es gut, diese dem Gemeinderat beizulegen.

- 3.1.4 François Scheidegger gibt zu beachten, dass es beim vorliegenden Geschäft um die Motion geht. Die Verwaltung versucht immer alles zu koordinieren und niemanden zu vergessen, was wichtig ist.

- 3.1.5 Esther Müller-Cernoch ergänzt, dass Überzeiten auch entstanden sind, wenn Stellen nicht nahtlos besetzt werden konnten und deswegen Personen eingesprungen sind. Es wurde nie ein Temporärbüro angefragt, um diese Zeiten zu überbrücken, sondern man hat es mit eigenen Leuten geschafft. Es gab zusätzlichen Aufwand und Mehrstunden, aber man konnte so auch Lohnkosten sparen. Auch gab es Projekte, für deren Begleitung externe Personen oder Berater rekrutiert werden konnten. Wären diese Projekte von eigenen Leuten geführt worden, wären Überzeiten entstanden. Ist die Überzeit zu hoch und besteht keine Kompensationsmöglichkeit, werden Auszahlungen getätigt. Diese erfolgen mit Nachtragskrediten via finanzkompetente Behörde. Demnächst werden die Zahlen der Krankheiten und Unfälle im Verwaltungsbericht ausgewiesen. Die Unfälle werden in Berufsunfälle und Nichtberufsunfälle unterteilt. Betreffend Überzeiten von 200 Stunden ergänzt Esther Müller-Cernoch, dass man die Anzahl Personen, die es betrifft, an zwei Händen abzählen kann. Die Daten sind vertraulich, der Gemeinderat hat einen Anspruch darauf, diese können aber nicht veröffentlicht werden.
- 3.2 Gemeinderat Robert Gerber dankt im Namen der FDP-Fraktion vorweg den involvierten Stellen der Stadtverwaltung für die übersichtliche Aufstellung und die zeitaufwendige Recherchierarbeit. Zahlen sind Zahlen. Man könnte diese Zahlenbeigerei noch weitertreiben und die geleisteten Überstunden in Vergleich zu den tatsächlich in der entsprechenden Abteilung geleisteten Arbeitsstunden setzen. Erst dann könnte man feststellen, ob es marginal oder von Bedeutung ist. Erst dann könnte man feststellen, ob es unter Umständen auch ein Führungsproblem ist. Aus eigener Erfahrung kann er sagen, dass man als Vorgesetzter seinen Untergebenen halt auch einmal sagen muss, sie müssten zuhause bleiben und kompensieren, auch wenn es November ist und draussen Nebel herrscht. Auf der anderen Seite ist es auch Aufgabe des Vorgesetzten, genau hinzuschauen und allenfalls eine Straffung der Arbeitsabläufe ins Auge zu fassen, um so weniger Überstunden zu produzieren oder als Ultima Ratio eine Personalaufstockung zu beantragen. Das wäre dann das letzte Mittel. Grundsätzlich kann er verstehen, dass einzelne Mitglieder der Exekutive gerne mehr wissen und solche Aufstellungen verlangen, die allenfalls im Geschäftsbericht aufgeführt werden sollen. Andererseits steht er ausufernden Statistiken sehr skeptisch gegenüber. Auf der einen Seite wollen alle eine schlanke Verwaltung, auf der anderen Seite mehr Papier und Aufstellungen. Das kann sich beissen. Im Übrigen bleibt er dabei: Der Verwaltungsbericht wird nur von sehr wenigen Personen im Detail gelesen. Einige füllen dann das Sommerloch im Grenchner Tagblatt mit Auszügen und Analysen aus dem Verwaltungsbericht. Die FDP-Fraktion ist bereit, die Motion erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.
- 3.3 Gemeinderätin Nicole Hirt ist staunt über die Aussage der Stadtschreiberin Luzia Meister, wonach im Geschäftsbericht des Kantons etwas drin steht, was nicht einmal die Datenschutzbeauftragte weiss. Irgendwann wäre es bei dieser Person wohl angekommen, dass etwas drin steht, das nicht sein dürfte. Man hat sich darauf gestützt, was im Kanton öffentlich gemacht wird und auch für die Stadt gilt, ohne das Datenschutzgesetz zu verletzen. Die Beilagen zur Vorlage geben eine Idee zu den geleisteten Überstunden. Sie schliesst sich der Meinung von Robert Gerber an. Bei der Finanzverwaltung und Informatik ist zu sehen, dass über Jahre hinweg zwei Monate an Überzeit ausgezahlt wurden. Dies wirft Fragen auf. Sie fragt sich, wie es sein kann, dass Mitarbeitende in den letzten fünf Jahren so viel Überzeit anhäufen konnten. Dieser Posten soll angeschaut werden.

- 3.3.1 Für François Scheidegger ist es ein gutes Beispiel, anhand dessen man erklären kann, weshalb man diese Überzeiten hat.
- 3.3.2 Esther Müller erklärt, dass dies die Projekte HRM1 und HRM2 waren, welche die Finanzverwaltung und die Informatik führten. Zudem wurden in der Informatik Prozente abgebaut. Im Jahre 2015 waren es 300, danach über eine bestimmte Zeit nur noch 200 und jetzt sind es 250 Stellenprozente. Das hat zur Folge, dass solche Überzeiten dann entstehen. Man hätte die Leistungen auch extern einkaufen können, allerdings hätte dann das interne Know-how gefehlt. Irgendwann war die Anzahl der Überstunden dann so hoch, dass man diese auszahlen musste.
- 3.3.3 François Scheidegger betont, dass es sich um Informatikprojekte handelte, welche nota bene vom Kanton ausgelöst wurden und einen wesentlichen Mehraufwand bei den Gemeinden bedeutet haben. Der Aufwand war dann für die Stadt grösser als geplant.
- 3.4 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

**Vollzug:** PA, KZL

PA  
FV

0.2.2 / acs

## Interpellation Daniel Hafner (SP): Indiskretionen in der Exekutive: Beantwortung

Vorlage: KZL/23.02.2021

1 Mit Datum vom 17. Januar 2021 reichte Daniel Hafner (SP) per Mail folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

*Im November und Dezember vergangenen Jahres wurden in zwei Fällen Drittpersonen mit Informationen versorgt, deren Inhalt eine laufende Untersuchung im Zusammenhang mit dem Kommandanten der Stadtpolizei Grenchen beeinflussen sollte. Ziel war es, die Glaubwürdigkeit des Chefbeamten zu diskreditieren. In der Folge kam es zu Publikationen auf diversen Kommunikationsträgern, die die Privatsphäre des Spitzenbeamten auf eine bedenkliche Art und Weise verletzte.*

*Aufgrund der Faktenlage muss davon ausgegangen werden, dass (auch) Mitglieder des Gemeinderates am Ursprung dieser Aktionen standen. Aus diesen Gründen stellen sich für mich folgende Fragen:*

- 1. Sind bei der Verbreitung von Informationen an Dritte, die u.a. auch Gegenstand von Traktanden im Rahmen von gemeinderätlichen Kommissionssitzungen waren, Bestimmungen des Amtsgeheimnis betreffend verletzt worden? Falls ja, warum verzichtete man darauf, den Rechtsweg zu begehen?*
- 2. Abgesehen von allfällig rechtlichen Vergehen, sind solche Aktionen als beispiellos beschämend zu bezeichnen. Sie sind einer politischen Exekutivbehörde unwürdig und schädigen deren Ruf nachhaltig. Warum wurden diese Vorfälle nie im Gemeinderat thematisiert, obwohl nach entsprechenden Publikationen ein öffentliches Interesse bestand bzw. besteht?*
- 3. In der Stadtverwaltung ist die Fluktuation im oberen Kader verhältnismässig hoch. Dies wirft Fragen auf. Entsprechend ist es unakzeptabel, wenn Chefbeamte - nur weil sie nicht den Interessen einzelner Mitglieder der Politbehörde entsprechen - mittels solcher „Aktionen“ diskreditiert werden. Was unternimmt die Stadtverwaltung, um solche Ereignisse künftig zu vermeiden?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Stadtschreiberin und dem Personalamt beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen.

Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

### 3 Begründung

- 3.1 Gemeinderat Daniel Hafner hat vor vier Jahren, wie auch der gesamte Gemeinderat, ein Gelöbnis abgelegt. Entsprechend war er irritiert und schockiert, als er letzten Herbst E-Mails und Medienmitteilungen betreffend den Polizeikommandanten erhalten hat. Es hat ihn beeindruckt und schockiert, wie weit man gehen kann, um Exponenten öffentlich auszustellen. Das Ziel war die Untergrabung der Glaubwürdigkeit des Polizeikommandanten. Bevor er die Interpellation einreichte, hat er diesen kontaktiert. Hätte er es nicht gewollt, dann hätte Daniel Hafner es unterlassen. Es geht um die Würde, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit dieses Gremiums und um die Frage, wie man in der nächsten Legislatur zusammenarbeiten will. Der Polizeikommandant war Gegenstand einer Untersuchung, eines laufenden Verfahrens. Daniel Hafner will ihm keinen Persilschein ausstellen. Es gibt aber Gerüchte und Fragen und deshalb hat man die Untersuchung lanciert. Diese hat nichts Substantielles ergeben. Es liegt nichts vor, was den Polizeikommandanten hätte belasten können.
- 3.1.1 François Scheidegger weist darauf hin, dass in der Gemeindeordnung steht, dass sich der Interpellant mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären kann.
- 3.1.2 Daniel Hafner hätte erwartet, dass nach den Ereignissen das Thema im Plenum diskutiert wird, und fragt sich, wie man in Zukunft damit umgehen will. Der Entscheid der Gemeinderatskommission, dass man diese Geschichte auf sich beruhen lassen bzw. unter den Teppich kehren will, hat ihn überrascht. Es ist auch im Interesse der Bürger, hier Klarheit zu schaffen. Er wünscht sich, dass sich solche Geschichten nie mehr wiederholen. Auch wünscht er sich einen Politstil, wo man engagiert diskutieren kann und nicht zu fragwürdigen Mitteln greift. Wie kann man das erreichen? Der aktuelle Gemeinderat und seine Nachfolgerinnen und Nachfolger sollen sich an das Gelöbnis halten. Es ist die Idee dieses Plenums. Man ist exponiert, man soll ein Beispiel sein und Glaubwürdigkeit ausstrahlen. Was mit diesen Ereignissen passiert ist, hat nicht dazu gedient.
- 3.1.3 Daniel Hafner stellt den Antrag, dass die Stadtverwaltung eine Ombudsfrau oder einen Ombudsmann definieren oder bestimmen soll, wo sich Mitarbeitende der Stadtverwaltung wenden können, wenn diese feststellen, dass es in ihrem Bereich zu Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit dem Vorgesetzten kommt, oder wenn sie von Vorgesetzten beeinflusst werden. Die Idee ist, dass, wenn solche Meldungen kommen, eine Anonymität gewährt wird und eine Weiterbehandlung im Rahmen eines definierten Prozesses stattfindet. Hier kommt dann die Führungsverantwortung des Gemeinderates zum Tragen. Wenn Unregelmässigkeiten stattfinden oder im Raum stehen, soll dies transparent und offiziell behandelt werden, dies zum Schutz der Beteiligten und mit dem Ziel, dass sich solche Geschichten nicht wiederholen. Was passiert ist, kann man nicht ändern, aber man kann die Weichen für die Zukunft stellen. Er möchte nicht, dass diese Geschichte ohne Konsequenzen versandet.

- 3.1.4 François Scheidegger hält fest, dass die ganze Sache aufgearbeitet wurde. Man hat nichts unter den Teppich gekehrt sondern eine saubere Untersuchung gemacht. Er wehrt sich gegen diese Unterstellung. Bereits vor einiger Zeit hat er selbst dem Gemeinderat den Vorschlag einer Ombudsstelle unterbreitet, dieser wurde aber abgelehnt. Er wird den Vorschlag im Zusammenhang mit der neuen Personalordnung nochmals unterbreiten. Zuhanden des Protokolls möchte er von Daniel Hafner noch wissen, wie seine Antwort zur Beantwortung lautet.
- 3.1.5 Daniel Hafner erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt, weil die Sache nicht beim Namen genannt wurde. Dies ist keine Unterstellung, sondern eine Feststellung. Ihm liegen Beweise vor.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Stadtpräsident  
PA

0.2.2 / acs

## **Motion Fraktion CVP: Neu-/Ersatzbeschaffung gemeindeeigene Fahrzeuge nur noch mit alternativer Antriebstechnik: Einreichung**

1 Mit Datum vom 9. März 2021 reicht die CVP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Matthias Meier-Moreno):

1.1 Motionstext

### Einleitung:

*Der Klimawandel ist ein ernst zu nehmendes Problem, das alle etwas angeht. Die Stadt Grenchen sollte mit gutem Beispiel vorangehen und bei Neu-/Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen auch ein Augenmerk auf deren Umweltverträglichkeit richten. Fahrzeuge mit fossilen Antrieben sollen nicht mehr beschafft werden.*

### Antrag:

*Bei der Neu-/Ersatzbeschaffung von gemeindeeigenen Fahrzeugen sollen folgende Vorgaben gelten:*

- *Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren dürfen nicht mehr angeschafft werden (Hybridfahrzeuge eingeschlossen).*
- *Ausnahmen gelten für Fahrzeuge, die mit erneuerbaren Brennstoffen betrieben werden (z. B. Kompogas). Jedoch sind, wenn verfügbar, in jedem Fall elektrisch oder mit Wasserstoff angetriebene Fahrzeuge vorzuziehen.*
- *Können obige Punkte nicht eingehalten werden, kann der Gemeinderat begründete Ausnahmen bewilligen.*

### Erläuterung:

*Ein grosser Teil der durch den Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Belastung ist auf den Strassenverkehr zurückzuführen. Der Klimawandel wird längerfristig höhere Kosten verursachen als dessen Bekämpfung. Die „Technologiestadt im Grünen“ muss längerfristig zu einer grünen Technologiestadt werden, deshalb ist ein solcher Schritt unablässig. Damit leistet die Stadt Grenchen einen Beitrag zur Erfüllung der Klimastrategie 2050 des Bundesrats.*

*Das Angebot von Fahrzeugen mit umweltverträglicheren Antrieben nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der meist höhere Anschaffungspreis wird durch geringere Betriebs- und Wartungskosten kompensiert. Es ist ausserdem zu erwarten, dass die Anschaffungskosten in Zukunft weiter sinken werden.*

*Diverse Gemeinden und Kantone haben bereits alternativ angetriebene Fahrzeuge in ihrem Fuhrpark. Das wohl bekannteste Beispiel sind die Teslas der Kantonspolizei Basel-Stadt. Die Gemeinde Biberist hat kürzlich ein elektrisches Fahrzeug für ihren Werkhof beschafft. In der Stadt Bern reinigen elektrisch angetriebene Putzmaschinen die Strasse. Und im Thal wird der Abfall neuerdings mit elektrischen Müllwagen gesammelt. All diese Beispiele zeigen wie einsatzerprobt diese Antriebe bereits sind. Sie würden sich auch im Einsatz für die Stadt Grenchen bewähren.*

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD  
Stapo  
Rettungsdienst  
ZS  
FW  
FV

0.9.7 / acs

## **Motion Nicole Hirt (glp): Leistungsvereinbarung mit dem Regionalflygplatz Grenchen (RFP): Einreichung**

1 Mit Datum vom 9. März 2021 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

*Die Stadt Grenchen wird beauftragt, mit dem Regionalflygplatz Grenchen eine Leistungsvereinbarung für den jährlichen Infrastrukturbeitrag abzuschliessen.*

Begründung:

*Der Regionalflyghafen erhält jährlich von der Stadt Grenchen einen Infrastrukturbeitrag von CHF 60'000.00, ohne der Stadt Rechenschaft über die Verwendung der Gelder ablegen zu müssen. Dieser Umstand führte vor 2 Jahren an einer Gemeindeversammlung dazu, dass der Betrag von CHF 60'000.00 auf CHF 40'000.00 gesenkt wurde. In den Budgetverhandlungen im September 2020 wurde der Betrag dann wieder auf CHF 60'000.00 angehoben. Heutzutage erhält niemand mehr Geld, ohne über den Verwendungszweck informieren zu müssen. Per Definition bezeichnet man als Leistungsvereinbarung eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien. Eine Partei, hier die Stadt Grenchen, unterstützt finanziell, während die andere, hier der RFP, für das Erbringen und Ausweisen bestimmter Leistungen verantwortlich ist, z.B. Bestrebungen in Sachen Nachhaltigkeit / Förderung von Elektroflugzeugen / zur Verfügungstellung der Infrastruktur für Anlässe der Stadt.*

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

RFP AG

Stadtvertreter im VR RFP AG (Alexander Kaufmann, Richard Aschberger, Ivo Erard)

BD

FV

6.7 / acs

## **Mitteilungen und Verschiedenes**

### **1 GV-Motion Elias Meier „Grenchner Trinkwasser schützen - mir hebe Sorg zum Wasser“ (GRB 2621/12.05.2020): Entscheid Verwaltungsgericht vom 3. März 2021**

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger orientiert, dass das Verwaltungsgericht die Beschwerde von Elias Meier kostenfällig abgewiesen hat.

### **2 KR- und RR-Wahlen vom 7. März 2021**

2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, neugewählter Kantonsrat, dankt für den Support und die Unterstützung der Kantonsrats- und Regierungsratsmitglieder. Es ist nicht selbstverständlich und war eine schöne Geste, gewisse Leute zum Wählen zu mobilisieren. Leider konnte die Anzahl der Grenchner Kantonsrätinnen und Kantonsräte nicht gesteigert werden.

2.1.1 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die Blumen. Die Stimmbeteiligung war diesmal doch sehr speziell. Über die Stimmbeteiligung von 41 % war er zunächst sehr erfreut. Bei genauem Hinsehen hat er festgestellt, dass diese nur die eidgenössischen Abstimmungen betraf. Die Ergebnisse lauteten wie folgt:

- Verhüllungsverbot	39.91 %
- E-ID-Gesetz	39.80 %
- Wirtschaftsabkommen Indonesien	41.32 %

Bei den Wahlen war die Stimmbeteiligung bei den Regierungsratswahlen 34.04 % und bei den Kantonsratswahlen 33.3 %. Dies bedeutet, dass jede/r Vierte/r nicht an den Wahlen teilgenommen hat. Er weiss nicht, was der Aufruf gebracht hat. Die Stimmbeteiligung bei den Kantonsratswahlen war nicht so schlecht, immerhin konnten fünf Sitze verteidigt werden.